

Frau Bundesrätin  
Simonetta Sommaruga  
Eidgenössisches Justiz- und Polizeide-  
partement EJPD  
vernehmlassungen@bj.admin.ch

Bern, 26 September 2018

## **Vernehmlassung zur Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

alliance F – der Bund Schweizerischer Frauenorganisationen – vertritt 150 Organisationen und insgesamt 400'000 Frauen in der Schweiz. Wir setzen uns aktiv für eine Verbesserung der Berufstätigkeit der Frauen, der Gleichstellung von Frau und Mann und für bessere Rahmenbedingungen in der Erwerbstätigkeit ein. Dazu gehören auch Fragen der (immer noch sehr starren) Geschlechterrollen und Geschlechtsidentität in unserer Gesellschaft, weshalb wir gerne im laufenden Vernehmlassungsverfahren Stellung nehmen und uns für die Möglichkeit dazu bedanken.

Wir befürworten das Ziel der Vorlage, Transmenschen und Menschen mit einer Geschlechtsvariante eine einfache und unbürokratische Änderung ihres Geschlechts und ihres Vornamens zu ermöglichen und dass neu die Abgabe der Erklärung vor der Zivilstandsbeamtin oder dem -beamten statt eines Gerichtsverfahrens vorgesehen ist. Dass der Bundesrat mit der Vorlage die Lebenssituation von Transmenschen und von Menschen mit Varianten der Geschlechtsentwicklung verbessern will, ist, besonders mit Blick auf den grossen Handlungsbedarf im Zivilrecht, erfreulich. Jedoch ist die Möglichkeit zur Änderung des Geschlechts und des Vornamens nur ein Element von vielen, eine Verbesserung der rechtlichen und somit der gesellschaftlichen Stellung von Transmenschen und Menschen mit einer Geschlechtsvariante zu erreichen.

Besonders möchten wir darauf hinweisen, dass es für minderjährige Transmenschen und Menschen mit einer Geschlechtsvariante eine grosse Belastung bedeuten kann, die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters einzuholen. Bislang stellen urteilsfähige Minderjährige den Antrag auf Änderung des amtlichen Geschlechts und Namens selbst. Daher beantragen wir, dass das neue Gesetz ebenso für urteilsfähige Jugendliche gelten soll und nicht deren Rechtsstellung gegenüber der heutigen Regelung verschlechtert wird.

Mit freundlichen Grüssen



Co-Präsidentinnen alliance F  
Nationalrätin Maya Graf und Nationalrätin Kathrin Bertschy